

Mit nacktem Hintern, aber in Krawatte – Geldklamme BRD will Bewaffnung der Ukraine allein bezahlen

25 Juli 2025 07:00 Uhr

Einst sprach man vom Pragmatismus der Deutschen. Dieser Mythos ist jedoch vollständig zerbrochen, als sie die billigen russischen Energieressourcen ablehnten. Diese hatten zuvor jahrzehntelang Deutschlands Wirtschaftsmodell genährt und das Land zu einem der weltweit führenden Standorte gemacht.



© Fox Broadcasting Company

Symbolbild: "Halt's Maul und nimm mein Geld!" – Standbild aus der Zeichentrickserie Futurama

Von Dmitri Rodionow

Italien wird sich der Initiative europäischer Länder zum Kauf von Waffen aus US-Fertigung für die Ukraine nicht anschließen, [schreibt La Stampa](#). Das Land verfüge dafür nicht über die nötigen Mittel im Staatshaushalt.

Zuvor hatte *Politico* [berichtet](#), dass Frankreich sich, anders als viele andere europäische Länder, nicht an der Finanzierung der Lieferung US-amerikanischer Waffen an die Ukraine beteiligen werde. Auch Tschechien wird sich nicht an den Käufen dieser Waffen durch NATO-Staaten für Kiew beteiligen.

Bei Ungarn und der Slowakei ist es ohnehin klar, von ihnen hat auch niemand mit derartiger Hilfe gerechnet. Doch die gleichzeitige Ablehnung dieser Initiative durch einige der wichtigsten Unterstützer der Ukraine war, offen gestanden, überraschend.

Dabei hat US-Präsident Donald Trump erst jüngst feierlich den Abschluss eines Abkommens mit den Europäern verkündet, wonach mehrere Batterien des Luftabwehr-Raketensystems Patriot "innerhalb weniger Tage" an die Ukraine geliefert werden sollen. Trump behauptete, die Ukraine erhalte aus Deutschland schon jetzt Abfangraketen für die Patriot-Systeme und Washington erhalte dafür bereits die volle Bezahlung von Berlin.

Wie das *Wall Street Journal* berichtet, sprach Trump am 11. Juli 2025 mit Bundeskanzler Friedrich Merz und stimmte dessen Vorschlag zu, die Ukraine auf Kosten Berlins mit Patriot-Systemen zu beliefern. Merz selbst ergriff also die Initiative, die Lieferungen zu bezahlen. Die Zeitung [behauptet weiter](#), Trump habe Merz den Kauf von fünf Systemen [angeboten](#), woraufhin dieser dem Vorschlag zustimmte. Es sei festgelegt worden, dass Deutschland zwei dieser Systeme aus seinen eigenen Beständen an Kiew liefern und weitere von Washington kaufen könne. Der Deal wird auf einen Wert von rund zwei Milliarden US-Dollar geschätzt. Berichten zufolge plane Merz außerdem, dieses Thema mit anderen europäischen Staats- und Regierungschefs zu besprechen.

Es ist noch [unklar](#), bei wem er damit auf Verständnis stoßen wird: [Frankreich](#), Tschechien und Italien haben bereits abgelehnt; Griechenland und Spanien hatten sich schon zuvor geweigert, Batterien der Langstrecken-Luftabwehr aus ihrem eigenen Bestand zu übergeben. Tatsächlich stellt sich heraus, dass Deutschland selbst das einzige Land ist, das sich bereit erklärt hat, an all dem teilzunehmen.

Wenn wir von der besagten Summe von zwei Milliarden Euro ausgehen, dann ist dies nicht so viel vor dem Hintergrund der Gesamtsumme, die Berlin seit Beginn der militärischen Sonderoperation an Rüstungsgütern und Geld für Kiew bereitgestellt hat. Bereits im Jahr 2023 prahlte der damalige deutsche Finanzminister Christian Lindner auf einer Pressekonferenz in Kiew, dass die Regierung seines Landes jährlich fünf Milliarden Euro zur Unterstützung der Ukraine bis zum Jahr 2027 reserviert habe.

Und das, wohlgemerkt, war noch während der Kanzlerschaft von Olaf Scholz, der im Gegensatz zu seinem Nachfolger allein schon die theoretische Möglichkeit einer Lieferung von Langstreckenwaffen – den Taurus-Marschflugkörpern – an Kiew kategorisch ablehnte und die Einbindung Deutschlands in den Aufrüstungsprozess der Ukraine auf jede erdenkliche Weise verlangsamte.

Er [widersetzte sich](#) der Lieferung von Panzern, solange es nur irgendwie ging, und selbst zu Beginn der Sonderoperation schickte Berlin Kiew zunächst lediglich Helme und kugelsichere Westen – während die NATO-Verbündeten mit aller Kraft Angriffswaffen lieferten.

Dennoch stand Deutschland bereits unter Scholz in Bezug auf die Unterstützung des Kiewer Regimes nach den Vereinigten Staaten an zweiter Stelle. Offensichtlich würde Trump gern die Rollen tauschen – und dürfte dabei durchaus zu Recht auf die Gunst von Merz zählen, der seit den ersten Tagen seiner Kanzlerschaft versuchte, den US-Präsidenten von einer Notwendigkeit einer weiteren Unterstützung der Ukraine zu überzeugen. Offenbar ist ihm das gelungen. Und er ist bereit, dafür zu bezahlen.

Deutschland fällt generell durch seine Sturheit auf – und durch die Bereitschaft, "im Winter ohne Mütze zu gehen, um durch abgefrorene Ohren die Oma zu ärgern". Also – durch die Bereitschaft, Russland zu ärgern. Im Februar erklärte der damalige Wirtschaftsminister Robert Habeck, die deutsche Wirtschaft schrumpfe seit zwei Jahren in Folge und werde auch im Jahr 2025 kaum noch wachsen, da sie in der Stagnation feststecke.

Im Jahr 2024 schrumpfte das deutsche Bruttoinlandsprodukt um 0,2 Prozent – nach einem Rückgang von 0,3 Prozent im Jahr 2023. Obwohl es wohlgemerkt zuvor jahrzehntelang Wachstum verzeichnet

hatte. Fast monatlich gibt es Berichte über [massive Produktionskürzungen oder gar den vollständigen Abzug](#) der ehemaligen industriellen Lokomotiven Deutschlands und ganz Europas aus dem Land.

Dies ist eine direkte Folge der Beteiligung der einst führenden Volkswirtschaft der Europäischen Union an den geopolitischen Abenteuern des kollektiven Westens an der ukrainischen Front. Dabei sprach man einst vom "Pragmatismus" der Deutschen. Dieser Mythos zerbrach vollständig, als sie die billigen russischen Energieressourcen ablehnten, die zuvor jahrzehntelang Deutschlands Wirtschaftsmodell nährten und es zu einem der führenden Standorte der Welt machten.

Was ist denn los mit den Deutschen, wo ist ihr viel gepriesener Pragmatismus nur geblieben? Fragen wirft dies jedoch nur aus der wirtschaftlichen Sicht auf – betrachtet man die Sache aus historischer und geopolitischer Sicht, wird klar: Nichts ist passiert, sie waren schon immer so.

Die europäische Russophobie, die Angst vor einem Erstarken Russlands und die Bereitschaft, ihre Souveränität an jeden abzugeben, und sei es vollständig – solange nur kein Stückchen an die Russen geht –, ist ein eigenständiges und umfassendes Thema. Und die Eliten der Deutschen waren hier nie eine Ausnahme, im Gegenteil. Gerade die Angst vor Russland, verbunden mit dem Wunsch, auf Kosten unseres Landes zu profitieren und "Lebensraum" zu gewinnen, zwang sie allein im 20. Jahrhundert zweimal, ihr Volk gegen uns in den Krieg zu schicken. Nicht unter dem Druck der USA oder anderer, sondern aus eigener Initiative.

Daher sollten wir von den Deutschen noch lange keinen "Pragmatismus" erwarten. Im Gegenteil, wir sollten mit einer Zunahme der Russophobie und einer zunehmenden Unterstützung für die Ukraine rechnen.

Auch [sollten wir nicht darauf zählen](#), dass die Wähler sich weigern werden, das zu tolerieren: Sie selbst haben einen noch größeren "Falken" gewählt als Scholz es war – weil sie Russland mehr als alles andere fürchten und bereit sind, dafür zu zahlen, ihre Ängste in den Griff zu bekommen. (Hierzu gibt es allerdings auch andere Daten, die [deutlich mehr Optimismus rechtfertigen](#). Anm. d. Red.)

Und wenn Scholz empfahl, "nur" das Gas herunterzudrehen und seltener zu duschen, so wird Merz die Bürger ohne große Widerrede ihrerseits bis auf die letzten Hosen abledern, um besagte Hosen ukrainischen Soldaten zu geben. Ganz einfach, weil den Bürgern erfolgreich die Sicherheit suggeriert wurde, dass sie, sobald den ukrainischen Streitkräften das Kanonenfutter ausgeht, selber mit Waffe in der Hand gegen Russland werden kämpfen müssen – kämpfen und sterben. In der Zwischenzeit meinen sie, sich mit Patriot-Luftabwehrsystemen und dann wohl auch mit Taurus-Marschflugkörpern davon freikaufen zu können und zu müssen. Die Möglichkeit, einfach "abzuspringen" und sich zu weigern, wie es die französischen Bündnispartner ihnen vorgemacht haben, existiert für sie gleichsam nicht.

Übersetzt aus dem [Russischen](#). Der Artikel ist zuerst am 22. Juli 2025 auf der Website der Zeitung Wsgljad erschienen.

Dmitri Rodionow ist ein russischer Sprach- und Politikwissenschaftler. Er ist stellvertretender Geschäftsleiter der russischen Denkfabrik "Institut für innovative Entwicklung". Rodionow veröffentlichte zahlreiche Artikel zu den Themen Geopolitik und Konfliktforschung, unter anderem auch auf [seinem Telegram-Kanal](#).

RT DE bemüht sich um ein breites Meinungsspektrum. Gastbeiträge und Meinungsartikel müssen nicht die Sichtweise der Redaktion widerspiegeln.

